Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1842

197 (21.7.1842) Verhandlungen der badischen Stände 1842

Visual Library

Verhandlungen der badischen Stände
1842.
Beiblatt zur Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, № 28. den 21. Juli.

Zweiundzwanzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am Montag, den 18. Juli 1842, unter dem Vorsitze des Präsidenten Bekk.

(Schluß.)

Vogelmann: Mit dem Grundsatze der Budget-Kommission, daß die Zahl der mit Staatsdienereigenschaft angestellten niedern Diener, namentlich bei der Postverwaltung vermindert werden soll, bin ich einverstanden. Es wird späterhin noch Gelegenheit geben, darüber zu sprechen, bei welchen Dienern eine solche Verminderung räthlich und möglich ist, und bei welchen eine Umwandlung in bloße Gehülfen nicht thunlich ist.

Ich bin ferner mit der Kommission einverstanden, wenn in Folge des vorstehenden Grundsatzes die für einen Offizialen in Baden verlangten 800 fl. auf die Hälfte reduzirt unter die Gehalte statt unter die Besoldungen aufgenommen werden.

Was aber den beantragten Strich der zu Besoldungs-Zulagen für sämmtliche 25 Offizialen geforderten 800 fl. betrifft, so bin ich mit der Kommission nicht einverstanden. Die frühere Budgetkommission hat diese 800 fl. zur Bewilligung empfohlen, und zwar in Rücksicht darauf, daß der größte Theil der Offizialen nur mit 600 fl. und 700 fl. bezahlt ist.

Wenn jetzt ganz wenig geschehen soll, so halte ich die Bewilligung von mindestens der Hälfte der geforderten Summe für begründet im Interesse des Dienstes und stelle hierauf meinen Antrag.

Wenn sich zufällig in einem Jahre viele Vakaturen ergeben, und wenn diese offenen Stellen mit lauter jungen Leuten besetzt werden, so wird eine gute Administration diesen jungen Beamten auch nur die niedersten (Anfangs) Besoldung zuweisen. Auf diese Weise stellt sich der Effektivetat ganz nieder. Will die Kammer denselaber späteren Jahren zu Grunde legen, so ist eine Besserstellung der jungen Beamten, und die Administration wird in die üble Lage kommen, bei Diensterledigungen entweder die alten, oder doch mindestens die mittleren Besoldungen für die jungen Beamten beizubehalten.

Hoffmann setzt auseinander, daß die jetzige Budgetkommission von der frühern darin im Grundsatze abweiche, daß sie auf möglichste Verminderung der Zahl der Staatsdiener hinzuwirken versuche, weil die nicht mit Staatsdienereigenschaft angestellten Diener auch niederere Bezüge hätten, als die mit solcher. Aus dem jetzigen Effektivetat würden dadurch schon bedeutende Ersparnisse erzielt werden können, wenn bei sich ergebenden Vacaturen diese nicht mehr mit Staatsdienern besetzt würden, welche Ersparnisse man dann zu Besoldungszulagen verwenden könne.

Mördes wahrt das Recht der Kammer, Ersparnisse am Etat, wenn das Bedürfniß ihrer Verminderung sich nicht ergebe, der Staatskasse zu vindiziren und verneint es, daß sie eo ipso als dem Etat der bezüglichen Verwaltungsbranche angehörig und ständischer Kognition entzogen zu betrachten seyen. Zeige sich die Forderung auf Bewilligung dieser Ersparnisse begründet, so werde sie auch bewilligt werden.

Trefurt: Verminderung der Zahl der Staatsdiener beim Postetat sey allerdings wünschenswerth, allein schwerlich schon in dieser oder der nächsten Budgetperiode zu erzielen, so groß auch der Etat seyn möge. Der Vorschlag des Abg. Vogelmann scheine die rechte Mitte zu halten, und er stimme daher dafür.

Damit wird die Diskussion geschlossen. Der Antrag der Kommission, statt 1000 fl. für den Offizialen in Baden nur 400 fl. zu bewilligen, wird angenommen, der des Abg. Vogelmann verworfen, somit der Antrag der Kommission gleichfalls angenommen. Bei Abstimmung über den dritten Antrag, Strich der 100 fl. ergibt sich Stimmengleichheit; der Präsident entscheidet für Bewilligung derselben.

Der weitere Antrag, die Kammer möge das Verlangen zu Protokoll erklären: daß die Zahl der als Staatsdiener angestellten Offizialen möglichst verringert werde, wird angenommen.

ad. 11 a. „Oberpostdirektion" werden 700 fl. Besoldungserhöhungen für die Balleibeamten gefordert. Die Kommission trägt auf Bewilligung von nur 400 fl. an, da diese hinreichten, die Besoldungen auf den Durchschnitt von 1100 fl. zu erhöhen.

Oberpostdirektor v. Mollenbec bemerkt, daß diese 400 fl. wohl hinreichten, um dem untern Balleipersonale die üblichen Bezüge zu sichern, daß aber 300 fl. weiter erforderlich seyen, um für den Generalpostkassier Mittel zur Besserstellung zu gewinnen; er beziehe zur Zeit nicht den normalmäßigen Gehalt von 1600 fl., sondern nur 1300 fl. Nach dieser Berichtigung werde die Kammer keinen Anstand nehmen, die 700 fl. vollständig zu bewilligen. Durch ein Versehen sey in den Motiven des Budgets der Kassier nicht von dem Balleipersonal getrennt worden.

Der Berichterstatter: Jedenfalls sey dies ein Umstand, der in der Budgetkommission gar nicht besprochen worden sey, er also sey auch nicht in der Lage, eine Ansicht derselben darüber auszusprechen. Nach kurzer Diskussion über diesen Punkt wird ein Antrag des Abg. Schaaff, diesen Posten in die Budgetkommission zurückzuweisen, angenommen.

Die Abstimmung über den Antrag der Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben des Postetats wird ausgesetzt. Auf eine Anfrage des Abg. Mördes über Ein-

richtung des service rural, der namentlich in seinem jetzigen Wahlbezirk sehr wünschenswerth sey, bemerkt der Regierungskommissär Oberpostdirektor v. Mollenbec, daß man in einzelnen Gegenden Versuche gemacht habe, und weitere in andern noch folgen würden.

v. Itzstein fragt, ob noch überwiegende Gründe vorlägen, Diejenigen, welche mit der Post von Pforzheim über Ettlingen weiter reisen wollten, zu nöthigen, den viel weiteren Weg über Karlsruhe zu nehmen.

Oberpostdirektor v. Mollenbec: Diese Einrichtung ist durch Tradition auf die Postverwaltung übergegangen; ein Grund mag auch in dem Verhältniß des Straßenverbands liegen. Man wollte die Reisenden auf die Hauptstraße bringen. Uebrigens muß ich bemerken, daß in Ettlingen keine Poststation mehr ist, sondern nur eine Expedition.

v. Itzstein: Letzteres wußte ich nicht. Uebrigens ist es klar, daß der Weg über Ettlingen näher ist; die Tradition kann hier nicht maaßgebend seyn. Die Kammer hat der Regierung zu lieb schon manches gethan, die Regierung kann nun auch der Kammer zu lieb etwas thun.

Rindeschwender bringt einen langjährigen Wunsch der Stadt Steinbach in Erinnerung, nämlich: eine Posterpedition wenigstens dort zu begründen; denn die Bewohner von Steinbach, denen das Amt und Alles genommen worden sey, müßten die für sie bestimmten Briefe und Pakete nach dem eine Stunde davon entlegenen Bühl vorbeifahren sehen, um sie erst von dort wieder zurückzuerhalten. Dem sey wohl ohne bedeutende Kosten abzuhelfen.

Oberpostdirektor v. Mollenbec: Der Antrag auf Errichtung einer Posterpedition in Steinbach würde schon gestellt worden seyn, wenn wir nicht durch den Betrieb der Eisenbahn in die Lage kämen, daß wir wirklich nicht wüßten, wie mit Steinbach die Postverbindung zu unterhalten sey. Ist die Eisenbahn einmal im Gang, so werden wir darauf zurückkommen.

Fauth bringt in Anregung, daß die Reisenden für den Eilwagen von Schwetzingen nach Karlsruhe eben so viel zahlen müßten, als die von Mannheim aus Fahrenden und bittet um Abstellung.

Oberpostdirektor v. Mollenbec: Der Grund liegt in der Lokaltare für die Route zwischen Karlsruhe und Mannheim. Die Tare für den Eilwagen auf der Route von Karlsruhe nach Mannheim beträgt nach dem Tarif 4 fl. 30 kr. Diese Tare war zu hoch, man hat sie also auf 3 fl. 30 kr. herabgesetzt. Von Schwetzingen bis hierher besagt der Tarif 3 fl. 30 kr. Eine Ermäßigung ist hier nicht eingetreten und daher kommt es, daß der Reisende von Mannheim nach Karlsruhe nicht mehr bezahlt, als der von Schwetzingen hierher. Allerdings ist dies eine Anomalie, wie alle Lokaltaren Anomalien sind, allein es sind Lokalverhältnisse, welche diese Ausnahme begründen. Dasselbe Verhältniß besteht auf der Route von Karlsruhe nach Baden.

Fauth: Ich kann nicht einsehen, warum die von hier nach Schwetzingen Reisenden weniger begünstigt werden sollen, als die nach Mannheim. Die Tare ist zu hoch und dürfte wohl ermäßigt werden.

Sander bringt den alten Wunsch in Erinnerung, daß die Eilwagentaren überhaupt herabgesetzt werden; die Anomalie bei Errichtung von Lokalkursen und Lokaltaren besteht darin, daß solche Kurse eine niederere Tare besitzen, als die übrigen Kurse nach dem Tarif. Diese Anomalie würde sich am besten dadurch ausgleichen, wenn man sie zur Regel erhübe, wenn man die Lokaltaren auf das ganze Land ausdehnte. Der Ertrag würde gewiß ein größerer seyn, als jetzt der Fall ist bei den höhern Preisen. Der Redner unterstützt dann den Wunsch des Abg. Rindeschwender, daß in Steinbach eine Posterpedition errichtet werden möge, und zwar nicht erst nach Einrichtung des Betriebs der Eisenbahn, da dies noch geraume Zeit dauern dürfte. Leute von Steinbach hätten sich angeboten, zur Verwirklichung des allgemeinen Wunsches jener Stadt mit ihren Kräften beizutragen.

Rindeschwender: Das ist es, was ich sagen wollte; man sollte die Erfüllung dieses Wunsches nicht ad calendas graecas verweisen.

Welcker begründet in längerer Rede seine auf dem vorigen Landtage bereits dargelegten Ansichten über die Reform des Postwesens, namentlich Aufhebung des Monopols der Fahrpost in Betreff des Personentransports. In den meisten europäischen Staaten, auch deutschen, bestehe dies Monopol nicht mehr; die Folge sey überall ein ausserordentlich vermehrter Verkehr, wie er namentlich aus ganz zuverläßigen Notizen aus dem Großherzogthum Hessen wisse. Dort gingen auf allen Hauptstraßen recht elegante und bequem eingerichtete Familienwagen; die Taren für diese Wagen seyen von 6 Weg- oder 8 Poststunden 36 kr. für die Person. Man reise in Hessen also um ein Viertel beinah wohlfeiler als in Baden. Die hohen Eilwagentaren aber schließen einen großen Theil der mittlern und ärmern Bürgerklasse von der Wohlthat aus, wohlfeil befördert zu werden. Durch das Postmonopol werde eine Beschränkung der Freiheit und des Verkehrs geschaffen. Die Dampfschiffe auf dem Rhein und die französische Eisenbahn entzögen ohnehin den Eilwägen den größten Theil der Reisenden; es wäre daher gewiß nicht unbillig, daß man auf der bedeutenden Strecke der Rheinstraße jetzt schon ein wohlfeileres Beförderungsmittel schaffe. Dampfschiffe und Eisenbahn seyen für manche immer noch zu theuere Beförderungsmittel. Er halte es für unrecht, daß das Postmonopol, welches Sachsen, Preußen, Hessen und andere Länder nicht mehr hätten, in Baden noch länger fortbestehe; werde es zweckmäßig erachtet, so könne man die Diligencen immer noch nebenher bestehen lassen. Er stelle daher den Antrag, die Kammer möge den Wunsch aussprechen, daß die Regierung die nöthigen Vorbereitunge treffe, um bis zum nächsten Landtage ein Gesetz über Aufhebung des Postmonopols vorzulegen.

Oberpostdirektor v. Mollenbec: Der Herr Abg. Welcker hat Notizen über den Stand der Privatfuhrwerke im Großh. Hessen gesammelt; er hätte deren in ebenso reicher Fülle hier in Karlsruhe und der Umgegend erhalten können. Es gehen, so viel ich weiß, täglich Gelegenheiten nach Bruchsal, Landau, Ettlingen, Pforzheim, Baden, kurz nach allen Richtungen hin. Von Seiten der Postverwaltung wird kein Hinderniß in den Weg gelegt, wie sämmtliche hiesige Kutscher bezeugen können. Unsere Postanstalt ist kein Monopol und

braucht es nicht zu seyn; aber die Eilwagentaxen in einem Moment herunterzusetzen, wo uns eine Umwälzung durch die Eisenbahn bevorsteht, ist weder räthlich, noch sachgemäß. Was die Post allein sich vorbehält, ist: daß sie allein mit unterlegten Pferden fahren darf; geben wir dies Vorrecht auf, so können keine Posthaltereien mehr bestehen; wir können es also nicht aufgeben. In Frankreich und Preußen besteht zwar der Postzwang nicht, allein dort lasten auf den Privatunternehmungen drückende Abgaben, um daraus die Posthalter zu entschädigen. Das ist bei uns nicht der Fall. Es ist jetzt nicht an der Zeit, ein Gesetz, wie der Hr. Abgeordnete es wünscht, zu provoziren; ist einmal die Eisenbahn im Gang, so wird es sich von selbst ergeben; neben der Eisenbahn zu fahren, wird keinem verwehrt seyn.

Welcker: Das Verbot des Pferdewechselns ist es eben, was das Monopol der Post begründet; daß die Posthaltereien nicht mehr bestehen könnten, wann die Post dies Monopol aufgäbe, muß ich bezweifeln, da doch in Hessen neben der Thurn und Taris'schen Post auch die Eilfuhren der Privaten bestehen, und ich noch nicht gehört habe, daß der Fürst von Thurn und Taris geneigt ist, sein Postlehen daselbst aufzugeben. Man beruft sich auf die Eisenbahn; diese aber kommt nur einem Theil des Landes zu gut; es ist daher eine Pflicht der Gerechtigkeit, die Landestheile, welche keinen Genuß von ihr haben, dadurch zu entschädigen. daß man ihnen eine Erleichterung des Verkehrs auf anderem Wege gewährt.

Geh. Legationsrath Frhr. v. Marschall erklärt gleichfalls, daß die Zeit zu einer so wesentlichen Aenderung im System der Post noch nicht da sey; sie werde aber näher rücken mit der allmäligen Vollendung der Eisenbahn. Auf der Route, welche die Eisenbahn durchschneide, würden die Eilwägen von selbst eingehen. Ueber die Berge des Schwarzwaldes und des Odenwaldes werde aber wohl stets ein Monopol thatsächlich existiren, weil die Kutscher diese Routen schwerlich ausbeuten würden. Erst nach Beendigung der Eisenbahn könne daher in Erwägung gezogen werden, in wiefern eine Aenderung im Monopol der Post eintreten könne.

Weller: Die Budgetkommission war einstimmig der Ansicht, daß die Höhe der Eilwagentaxen sich nicht werde halten lassen, da Eisenbahn und Dampfschiffe zu gefährliche Konkurrenten seyen; ebenso erwog die Kommission die Frage über die Zweckmäßigkeit der Aufhebung des Postmonopols für den Personentransport; allein sie glaubt, daß durch die Eisenbahn von selbst Veränderungen eintreten müssen, zur Zeit aber die Materialien fehlen, aus denen ein begründeter Antrag abzuleiten seyn möchte. Sie hat sich daher damit begnügt, den Antrag zu stellen, die Regierung möge auf dem nächsten Landtag eine Entzifferung der Einnahmen und Ausgaben der Postverwaltung in der Weise vorlegen, daß man daraus entnehmen könne, welches Einnahme und Ausgabe a) der Briefpost, b) des Pakettransports, c) des Personentransports und zwar des letztern mit Aufnahme der einzelnen Routen seyen.

Gottschalk verkennt die gute Absicht des Abg. Welcker nicht, findet aber den Moment nicht zu durchgreifenden Aenderungen geeignet. Lokalfuhrwerke würden in der Regel nur in Gegenden mit starker Bevölkerung, zwischen bedeutenderen Städten, eingerichtet, und auch wenn das Monopol aufgehoben würde, werde schwerlich der Spekulationsgeist von Privatunternehmern auch auf die entlegeneren Seitenrouten, auf die Schluchten und Höhen der Gebirge mit dünngesäter Bevölkerung sich richten. Darum hätten diese Landestheile die Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht von Privat-Unternehmungen zu erwarten, sondern von der Post, die weniger auf den Gewinn sehe; darum aber sey ihr auch die Ausbeutung der besser rentirenden Strecken nicht zu sehr zu verkümmern, weil ihr sonst die Mittel entzogen würden, auch nicht rentirende Routen zum Vortheil des Publikums zu befahren. Er stelle es der Erwägung der hohen Regierung anheim, durch Ausdehnung der Postkurse auf die Seitenrouten, die zu der Eisenbahn führten, diese letztere auch denen nützlicher zu machen, welche nicht unmittelbar von ihr berührt würden.

Knapp unterstützt den Wunsch, daß eine Posterpedition in Steinbach errichtet werden möge, erklärt sich aber gegen die Ansichten des Abg. Welcker ihrem ganzen Inhalte nach, aus Gründen, die bereits geltend gemacht seyen, die er daher nicht wiederholen wolle. Was den Punkt der Wohlfeilheit des Transports betreffe, so sey dafür durch die Packwägen gesorgt, und trotz dem würde man sehen, daß sie nicht besetzt seyen. Ueberhaupt frage es sich, ob das Wohlfeilreisen zum Vortheil des Familienwohls gereiche. Der Abg. Welcker spreche von Privatfuhrwerken; allein darauf sey nicht viel zu bauen, sie seyen nur wohlfeil, wenn Konkurrenz da sey, sonst theurer; für das Publikum daher von keinem erheblichen Vortheil. Herabsetzung des Tarifs bei den Eilwägen würde aber die Lohnkutscher zu Grunde richten. Wolle man das Postmonopol aufheben, so frage es sich, wie der Ausfall in den Einnahmen gedeckt werden solle. Am wenigsten sey man jetzt in der Lage, auf diese Einnahme verzichten zu können.

Welcker: Der Hauptertrag der Post beruht nicht auf der Fahrpost, sondern der Briefpost.

Martin: Ich will nur Einen Punkt berühren; da in Hessen die Post nicht in den Händen des Staats ist, so hat freilich die hessische Regierung dieses Interesse nicht, welches wir haben, da wir die Posteinnahmen selbst beziehen; sie kann den Personentransport frei geben ohne Einschränkung. Bei uns geht dies nicht an. Die Posthalter, wenn sie nicht wissen, daß sie zu bestimmten Stunden Pferde nöthig haben, können auch nicht angehalten werden, Pferde stets in Bereitschaft zu halten, und dann wäre die Beförderung der Extrapostreisenden gehemmt.

Sander theilt die Ansicht des Abg. Welcker in Betreff der Aufhebung des Postmonopols für den Transport von Reisenden und Paketen, und ist überzeugt, daß die Macht der Umstände eine Veränderung von selbst herbeiführen werde. Die Herabsetzung der Preise sey man insbesondere denjenigen Gegenden schuldig, die von der Eisenbahn nicht profitirten.

Der Abg. Welcker zieht seinen Antrag zurück.

Platz: Ich bedauere, abermals das Wort ergreifen zu müssen, um Wünsche und Bedürfnisse des Bezirks hier zur Sprache zu bringen, den ich hier vertrete. Nach den Zusicherungen, die meinen Kommittenten und mir selbst im Laufe des vorigen Jahres gemacht wurden,

dürfte ich glauben, meine Anwesenheit auf diesem Landtage benutzen zu können, um der Regierung den Dank für die Erfüllung von Wünschen darzubringen, deren Billigkeit und Rechtmäßigkeit von ihr selbst längst anerkannt sind. Es ist mir indeß nicht vergönnt, zu danken, und so bleibt mir nur die Pflicht übrig, zu erinnern. Ich will gerne glauben, daß die Lage Wertheims an der Gränze, die Nothwendigkeit, mit andern Staaten wegen Herstellung einer Postverbindung in Kommunikation zu treten, die Regierung hindern, so schnell als gewünscht wird, abzuhelfen; wenn ich indeß bedenke, daß die Verhandlungen schon Jahre lang dauern, daß der Gegenstand denn doch von keiner so ausserordentlichen Schwierigkeit ist, so meine ich denn doch, daß die Sache bereits in's Leben getreten seyn könnte, zumal da der betheiligte Nachbarstaat der Sache nichts weniger als abgeneigt ist, wie aus einem Erlaß der hiesigen Oberpostdirektion vom August vorigen Jahrs an den Handelsstand in Wertheim hervorgeht, indem dort gesagt ist, daß die Generalpostadministration in München ihre Einwilligung zu Herstellung eines Kurses von Würzburg über Wertheim nach Miltenberg und Aschaffenburg gegeben habe. Zur Zeit ist nichts geschehen. In neuester Zeit sind nun noch andere Verhältnisse hinzugekommen, welche die baldigste Realisirung einer direkten Postverbindung wünschenswerth machen, nach Bayern einerseits, nach Württemberg andererseits. Die Maindampfschifffahrt ist in's Leben getreten, die Hindernisse, die der fast unerhört niedere Wasserstand dem Unternehmen in den Weg legt, sind kein Präjudiz gegen die Möglichkeit der Ausführbarkeit der Unternehmung; das eine der Boote setzt seine Fahrten auch jetzt noch fort, es ist vielleicht in langen Jahren nicht mehr der Fall, daß ein so niederer Wasserstand eintritt, und bis dahin hoffentlich durch die Korrektion des Flußbetts, wozu unsere Regierung mitwirken wird, für immer dies Hinderniß beseitigt. Wertheim ist Nachtstation, liegt in der Mitte zwischen Miltenberg und Würzburg, durch seine Lage also außerordentlich begünstigt, indem es einerseits den Reisenden Gelegenheit bietet, zu Land auf kurzem Wege nach Würzburg zu kommen, anderseits die von Frankfurt kommenden zu Land über Bischofsheim nach Mergentheim auf die direkteste Straße nach Augsburg und München führt. Daraus geht hervor, daß Wertheim inmitten eines großen Verkehrs, daß es nicht gerade am Ende der Welt liegt, wenn es am Ende des Großherzogthums liegt. Der Zollverein hat es mit den andern Staaten zu einer Einheit der Verkehrsinteressen zurückgeführt, es liegt nicht neben draus. Eine Postverbindung mit Frankfurt ist aber in neuester Zeit um so dringender geworden, als durch veränderte Richtung des Würzburg-Frankfurter Kurses in Bayern, und die Rückwirkung auf den Abgang der Posten in Frankfurt Wertheim der empfindliche Nachtheil zuwächst, daß die Briefe ꝛc. nun einen Tag später als sonst anlangen, was namentlich für den Handelsstand mit den größten Nachtheilen, oft empfindlichen Verlusten und Störungen verbunden ist. Eine Eingabe an die Oberpostdirektion besagt das Weitere. Dies wäre verhütet worden, wenn der Kurs über Wertheim mit mehr Theilnahme für die Interessen dieser Stadt betrachtet worden wäre. Unangenehm berührt und überrascht mußten die Bewohner Wertheims endlich seyn, als sie vernahmen, daß ein Anerbieten der Thurn- und Tarischen Postverwaltung zu Herstellung eines Kurses von Mergentheim und Wertheim zur Verbindung mit der Dampfschiffahrt von unserer Regierung von der Hand gewiesen worden sey, da man erst das Resultat der Dampfschiffahrt abwarten wolle.

Nun, meine Herren, die Bewohner Wertheims haben nicht ein solches Resultat abgewartet, sondern mehr als 20,000 Aktien genommen, damit es rasch in's Leben trete; hätten sie und die andern Mainuferbewohner so zuwarten wollen, so wäre das schöne und folgenreiche Unternehmen nie in's Leben getreten; so aber haben sie sich durch keine Bedenklichkeiten über Rentabilität u. s. w. abschrecken lassen; sondern, wohlwissend, daß aller Anfang schwer, und für den Anfang auf große Dividenden nicht zu rechnen sey, haben sie ein Unternehmen gründen helfen, was für ihre Stadt die Bürgschaft einer glücklichen Zukunft in sich trägt, und dieser mehr Rechnung getragen, als dem Vortheil des Augenblicks. Diese Gesinnung gereicht ihnen zur Ehre, der Regierung aber wird es wohl nicht zur Schande gereichen, wenn sie in ähnlicher Weise handelt; oder ist es zu viel verlangt, wenn man sie angeht, einige Hundert Gulden aufzuwenden, wo die Stadt Wertheim so viel Tausende daransetzt? Nicht verhehlen darf ich ferner, daß die ablehnende Antwort auf das Erbieten der Thurn- und Tarischen Postverwaltung erst mittelbar, gelegentlich durch ein württembergisches Oberamt uns mitgetheilt wurde; es wäre vielleicht nicht ungeeignet gewesen, wenn von hier aus auf direktem Wege eine Mittheilung erfolgt wäre. Unter diesen Umständen muß ich die dringende Bitte an die Regierung richten: dieser Sache eine erneuerte und wohlwollende Aufmerksamkeit zuzuwenden; es handelt sich von den Interessen einer Stadt, die unter der Ungunst der Zeit schwer gelitten hat. Daß die großh. Oberpostdirektion dieser Angelegenheit die gebührende Aufmerksamkeit schenkt, weiß ich; möge sie das ihrige denn dazu beitragen, um sie zu einem baldigen erwünschten Ziele zu führen.

Längeres Abweisen, Zaudern und Zögern wird der Stadt zu immer größerem Nachtheil, der Regierung in den Augen der Bewohner Wertheims aber nicht zum Vortheil gereichen in Beziehung auf die Achtung und das Vertrauen, das man ihr zuwendet. Sie haben seither nicht den Muth, nicht die Hoffnung verloren, und ich habe das Meinige dazu beigetragen, sie in dieser Stimmung zu erhalten. Längere Täuschung ihrer Hoffnung muß Unmuth und Bitterkeit in ihrer Seele erwecken; es ist nicht zu verwundern, wenn sie sagen: wo es auf Erhöhung der Gewerbsteuerkapitalien ankommt, rühmt man uns die Vortrefflichkeit unserer Lage, die für Handel und Verkehr nicht besser seyn könne; wo es aber darauf ankommt, eine ganz kurze Postverbindung mit unbedeutenden Kosten herzustellen, wendet man die Isolirtheit unserer Lage, den Mangel an Verkehr u. s. w. ein! Solche, fast wie Verhöhnung klingende Dialektik neutralisirt freilich sich selbst; die Folgen, die daraus entstehen, brauche ich nicht erst zu nennen, sie sind klar.

Schaaff: Ich schließe mich dem Vortrag meines Freundes Platz vollkommen an; ich theile seine Wünsche

und hege seine Hoffnungen, was seinen Wahlbezirk betrifft. Rücksichtlich meines Bezirks bin ich in einer glücklichern Lage. Ich habe nichts zu wünschen, sondern zu danken, daß frühere Wünsche berücksichtigt worden sind. Was die Postverbindung mit Eberbach speziell betrifft, so läßt sich freilich noch eine Vervollkommnung denken. Es ist zur Zeit nur ein Kurs für Briefe und Pakete; wohl liesse sich auch ein kleiner Personenwagen damit verbinden, welcher von Aglasterhausen nach Eberbach, und von da auf die schön hergestellte Straße nach Hessen einlenken könnte. Ich glaube, daß die hohe Regierung in dieser Beziehung thun wird, was nach Umständen geschehen kann. Es ist zwar in Beziehung auf Eberbach, was den Personenverkehr betrifft, allerdings etwas geschehen, aber etwas, was nicht zu besonderem Dank für die Regierung verpflichtet; es ist nämlich das Kommunikationsmittel der Dampfschifffahrt. Ich denke, die Regierung sollte keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, jenem Ort Veranlassung zu geben, in dieser Hinsicht gleichen Dank auszusprechen, wie bei Gelegenheit des Briefpostverkehrs.

Oberpostdirektor v. Mollenbec: Die Wünsche, die der Hr. Abg. Platz ausgesprochen hat, theile ich vollkommen; ich finde sie billig und gerecht, und ich kann nur bedauern, sagen zu müssen, daß es mir nicht vergönnt gewesen ist, dieselben erfüllen zu helfen. Es ist nicht die Schuld der Regierung und noch weniger der Postadministration, daß diese Wünsche bisher noch unerfüllt geblieben sind. Dem Hrn. Abg. kann es nicht entgehen, daß solche Einrichtungen nicht einseitig von uns geschehen können. Die nächste Station ist bekanntlich eine ausländische; es ist also ein Vertrag nöthig, wenn eine Ausdehnung der Post über die Gränze stattfinden soll. Dem Hrn. Abgeordneten sind die Verhandlungen deshalb bekannt; es ist nicht die Schuld der Regierung, daß bisher keine Uebereinkunft zu Stande kam. Die Verhandlungen sind übrigens noch im Gang. Was die Dampfschifffahrt betrifft, so ist richtig, daß Vorschläge zu korrespondirenden Postverbindungen gemacht wurden, die man vor der Hand nur abgelehnt hat, weil man vorerst den Gang der Dampfschiffe abwarten wollte; man wollte abwarten, ob sie ihre eingegangene Verpflichtung erfüllen könnten, oder nicht, ob sie die Zeit des Abgangs und Ankommens einhalten könnten, oder nicht. Ich verdanke dem Hrn. Abgeordneten eine Mittheilung darüber; ich werde sie benützen und die Regierung wird die Sache nicht aus dem Auge verlieren. Man hat früher bemerkt, die Fahrpost trüge nichts ein; sie trägt allerdings etwas ein, aber das erstere würde vielleicht stattfinden, wenn man die verschiedenen Anträge durchführen müßte, die gestellt worden sind. Uebrigens wird sich die Postadministration nicht abhalten lassen, wo es wünschenswerth und thunlich ist, solche Einrichtungen zu machen, wenn sie auch nichts eintragen, weil wir glauben, daß das allgemeine Interesse in's Auge zu fassen sey. Ich muß aber bitten, daß den Verhandlungen darüber nicht vorgegriffen wird.

Schaaff: Die Gegenden des Landes, die an den enormen Kosten der Eisenbahn beitragen müssen, ohne sie benützen zu können, haben das Recht, zu verlangen, daß man auch sie berücksichtige, und nicht verödet liegen lasse. Hier ist die Gelegenheit vorhanden, ein gewisses Unrecht, wenn es auch keine Ungerechtigkeit in gesetzlichem Sinne ist, auszugleichen.

Platz: Was den Ertrag einer Postverbindung in meinem Bezirk betrifft, so ist kein Grund vorhanden, ihn so gering oder für gar nichts anzuschlagen. Jene Gegend ist keine Wüste, noch liegt die Stadt Wertheim in unzugänglichen, isolirten Waldschluchten, sondern in einer der schönsten Gegenden des schönen Mainthales; sie liegt in der Nähe bedeutender Städte, an einem schiffbaren Fluß, der sie in stetem lebendigen Verkehr mit jenen erhält; sie ist mit ein Hauptsitz des Getreidehandels, mitten in einer fruchtbaren reich bevölkerten Gegend; wenn da nicht die Bedingungen lebendigen Verkehrs und wohlthätiger Förderungsmittel desselben gegeben sind, so weiß ich in der That nicht, wo sie zu finden seyen.

B. Eisenbahnverwaltung.

Die Kommission schlägt vor:

a. Die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung für 1842 mit	14,522 fl.
für 1843	111,902 fl.
sodann die nachträglichen . . .	346,567 fl.
Zusammen . .	472,991 fl.
b. Die Ausgaben	91,147 fl.
und die nachträglichen	282,287 fl.
Zusammen . .	373,434 fl.

zur Genehmigung vor.

Der Berichterstatter hofft, daß die im Bericht ausgesprochenen Wünsche von der Regierung berücksichtigt werden.

Oberpostdirektor v. Mollenbec: Der erste Wunsch, die Fahrzeit zwischen Mannheim und Heidelberg betr., ist bereits erledigt; die Erledigung war bedingt durch eine größere Anzahl von Lokomotiven, die jetzt zu Gebot stehen. Der zweite Wunsch, das zu massive Thor beim Uebergang zur schwetzinger Chaussee, ist sehr begründet; es wird weggeschafft werden. Den dritten Wunsch aber, das Nichtverschließen der Wagen betreffend, kann ich nicht theilen. Die Verwaltung ist zu einem Bericht hierüber aufgefordert; ich für meinen Theil entschlage mich jeder Verantwortung, wenn durch das Oeffnen der Thüren Unglück geschieht; ich halte es für höchst gefährlich; in andern Ländern ist man davon zurückgekommen, die Wagen nicht zu schließen.

Schmidt drückt den Wunsch aus, daß die Eisenbahn von Heidelberg bis Bruchsal noch in diesem Jahre dem Betrieb geöffnet werde. Man wende zwar ein, daß sie im Winter nicht rentiren werde, allein es sey doch besser, einen kleinen Ertrag zu nehmen, als sie ganz liegen zu lassen. Ein zweiter Anstand werde gesucht in der noch nicht genügenden Konsolidirung des Bahndammes, in der Befürchtung, daß er sich stellenweise noch senken könne, was dann bei der Befahrung Unglück herbeiführen könne. Wahr sey, daß an zwei Stellen solche Senkungen vorgekommen seyen, allein dies sey im Anfang gewesen; seitdem hätten sie einen Winter ausgehalten und seit zwei Monaten seyen keine weitern Senkungen vorgekommen. Daher sey es vortheilhafter auch für die Bahn von Mannheim nach Heidelberg, wenn Bruchsal, da dort schon eine Straße aus dem Unterrhein einlaufe, mit dem Eilwagen nach

Karlsruhe in Verbindung komme. Uebrigens sage man, daß der wahre Grund der Verzögerung in einer gewissen Eifersucht gegen Bruchsal liege, das als Stiefkind behandelt werde, seit nichts mehr dort zu holen sey.

Geh. Legationsrath Frhr. v. Marschall erwidert hierauf, daß zwar die Postverwaltung den Betrieb der Strecke bis Bruchsal ihrerseits wünsche, da, wenn auch der Ertrag wegen der Winterszeit nicht hoch anzuschlagen sey, doch der Vortheil daraus erwachse, daß das Personal im Dienst auf einerlängere Strecke besser eingeübt werden könne; daß aber technische Gründe einer so frühen Eröffnung entgegenstehen.

Nach einigen Aeußerungen über das Verschließen der Wagen von Seiten des Abg. Mördes, Gottschalk und des Hrn. Regierungskommissärs, und nachdem der Abg. Gerbel den Wunsch des Abg. Schmidt unterstützt hatte, wird dieser Titel verlassen und zum eigentlichen Staatsaufwand übergegangen.

Eigentlicher Staatsaufwand.

Titel 1. Ministerium.

Im ordentlichen Budget wurden gefordert jährlich 31,330 fl. und nach dem Antrag der Budgetkommission von der aufgelösten Kammer genehmigt. Die jetzige Kommission trägt auf Genehmigung von nur 31,130 fl. an, indem sie für Besoldungen statt der geforderten 26,200 fl. nur 25,900 fl. bewilligt.

Geh. Legationsrath Frhr. v. Marschall: Schon auf dem Landtag 1837/39 hat die Kammer die Summe von 26,200 fl. für Besoldungen bewilligt; im nachträglichen Budget verlangt die Regierung weitere 800 fl. für die Anstellung noch eines Sekretärs. Ihre verehrliche Kommission will nun statt der ursprünglichen 26,200 fl. 300 fl. weniger bewilligen und streicht die 800 fl. im nachträglichen Budget. Ich halte aber die Forderung der Regierung für vollkommen gerechtfertigt. Der Normaletat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten beläuft sich auf 27,600 fl. für 10 Angestellte; das Ministerium verlangt jedoch nicht die ganze Summe, sondern nur 27,000 fl., um das Personal des Ministeriums auf den normalmäßigen Gehalt zu erhöhen. Der Normaletat, bemerkt zwar die Kommission, sey nicht Gesetz; es ist richtig, allein man hat ihn immer als Anhaltpunkt berücksichtigt, und ich zweifle, ob es im ständischen Interesse ist, sich jede Basis zu entziehen. So viel scheint mir jedenfalls richtig, daß der Normal-Etat, welcher den Forderungen der Regierung im Jahr 1831 zu Grunde lag, nach den jetzigen Bedürfnissen nicht zu hoch ist. Vor dem Jahr 1831 bestand das Ministerium aus 12 Personen und der Etat belief sich auf 27,000 fl. Im Jahr 1831 wurde das Personal um 2 Personen vermindert und die Besoldungen verhältnißmäßig reduzirt. Seit diesen 10 Jahren haben sich aber die Geschäfte dieses Ministeriums bedeutend vermehrt, besonders durch die Veränderungen und Ausdehnungen im Postwesen und Ueberweisung der Beaufsichtigung der Eisenbahnadministration. Also auf der einen Seite Vermehrung der Geschäfte, auf der andern Verminderung des Etats. Die Kommission will nämlich nicht nur die Mehrforderung nicht bewilligen, sondern sogar den im Jahr 1841 bewilligten Etat noch um 300 fl. vermindern. Daß dies billig sey, glaube ich nicht; ich ersuche Sie daher, die ganze Forderung zu bewilligen.

Berichterstatter: Wenn die vorige Kammer 700 fl. mehr bewilligte, so geschah dies im Vertrauen, daß sie nur zu nothwendigen Zwecken würden verwendet werden, wie der Hr. Minister denn damals versprach, daß er keinen Gebrauch von diesem Kredit machen werde, wenn nicht ein dringender Fall eintrete; er wolle nur für mögliche Fälle einen Spielraum haben. Der Beschluß der aufgelösten Kammer nun wurde nicht einmal rechtskräftig und dennoch verwendete die Regierung einen Theil der bewilligten Gelder zu Besoldungszulagen, obwohl die Besoldungen hoch genug waren. Daher will die jetzige Kommission keine Gelder mehr bewilligen, deren Bedürfniß nicht im Detail nachgewiesen ist. Was die Anstellung eines weitern Sekretärs betrifft, so glaubt die Budgetkommission, daß das Personal des Ministeriums groß genug sey und keiner Vermehrung bedürfe.

v. Itzstein: Der Regierungskommissär beruft sich auf die Geschäftsvermehrung dieses Ministeriums; ich bin überzeugt, daß das Personale des Ministeriums hinreicht, um sie zu erledigen. Die Postangelegenheiten können dem Ministerium keinen großen Zuwachs an Geschäften bringen, da sie vom Herrn Oberpostdirektor bearbeitet ihm vorgelegt werden. Uebrigens ist die Zahl der Räthe groß genug.

Geheimer Legationsrath Freiherr v. Marschall: Die Kammer hat vorzugsweise darauf zu achten, daß der Etat nicht überschritten wird; eine Ueberschreitung aber hat nicht stattgefunden. Die Zahl der Räthe genügt allerdings, um die Geschäfte zu besorgen; es war zwar früher die Zahl derselben größer, aber dessen ungeachtet hält das Ministerium die Zahl, wie sie jetzt ist, für ausreichend. Aber es glaubt, daß ein weiterer Sekretär angestellt werden soll. Es ist einer ausschließlich in der diplomatischen Sektion mit der Korrespondenz beschäftigt, der andere muß die Sekretariatsgeschäfte im Ministerium versehen. Sie werden zwar jetzt durch einen Rechtspraktikanten besorgt; es gehören aber Kenntnisse, und namentlich die Kenntniß der französischen Sprache dazu, die nicht bei jedem Rechtspraktikanten gefunden werden; es müssen also die Mittel gegeben seyn, einen solchen Sekretär anstellen zu können.

Sander: Es wird dem Ministerium nicht schwer fallen, einen Rechtspraktikanten zu finden, der diese Kenntnisse besitzt, um ihn als Sekretär zu verwenden. Für vorübergehende Dienstleistungen wird es die Mittel zur Bestreitung der Kosten in seinem Etat finden. Die Vergrößerung der Geschäfte durch die Eisenbahn und Post bestreite ich nicht; allein es fragt sich, ob dem Ministerium ferner diese Sache zu belassen, nicht vielmehr der Natur der Sache nach dem Ministerium des Innern oder der Finanzen zu überweisen sey.

Schaaff: Zur Zeit ist es nun aber nicht so. Nicht zu läugnen ist, daß die Geschäfte des Ministeriums in neuerer Zeit außerordentlich zugenommen haben, besonders durch die Post und Eisenbahn. Daß der Herr Oberpostdirektor seinen Geschäftskreis vortrefflich besorgt, ist bekannt, aber nicht er allein ist es, der in Bezug auf das Postwesen Sitz und Stimme im Ministerium der äußern Angelegenheiten hat, sondern ein Rath dieses Ministeriums ist zugleich damit beschäftigt. Kargen Sie nicht, meine Herren! da, wo es sich davon handelt,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

verdienten Männern die verdiente Belohnung zu geben. Wenn man freilich Alles beim Alten lassen, wenn man sogar Alles herabstimmen will, wo es auf Berücksichtigung der Staatsdiener ankommt, so sind Sie in Gefahr, für Thoren gehalten zu werden, wenn Sie überhaupt etwas bewilligen. Was die Besoldung der Räthe beim Ministerium der äußern Angelegenheiten betrifft, so ist es doch nicht unbillig, wenn sie auf die Norm der Rathsbesoldungen bei den andern Ministerien gebracht werden; bei keinem Ministerium ist die Besoldung eines Geh.-Referendärs unter 2800 fl. Ich meine wenigstens, es sey eine gewisse Pietät für die aufgelöste Kammer, welche uns bestimmen sollte, ihre Beschlüsse zu ehren. Ich stelle den Antrag, daß man die ganze Summe verwillige.

Bassermann: Die jetzige Kammer sey nicht gebunden an die Beschlüsse der früheren; die Besoldungen auf dem Ministerium des Aeußern zu vermehren, könne er sich nicht bestimmen lassen, da sie hoch genug seyen; eine sparsame Kammer solle die Besoldungen eher herabdrücken, als erhöhen. Für jede Stelle solle man eine fire Besoldung feststellen, damit die ewigen Zulagen wegfielen. Damit ein Normaletal einmal vorgelegt werde, solle man alle Zulagen verweigern, sonst werde man ihn nicht bekommen.

Rettig: Wohl müsse man darauf hinwirken, daß die Verwaltung künftig wohlfeiler bestritten werde, aber dies geschehe besser durch veränderte Organisation des Ganzen, nicht durch Abmarkten in einzelnen Pöstchen, Anstellung von Praktikanten, Volontärs u. s. w.; für Stellen, die nothwendig seyen, müßten angestellte Diener genommen werden.

Hoffmann: Im vorliegenden Fall handelt es sich nicht von einem Volontär, sondern es ist schon ein Praktikant angestellt mit 600 fl., der auf dem Etat steht; man will aber denselben zum Staatsdiener machen.

Diese Diskussion wird noch eine Zeit lang fortgeführt durch den Berichterstatter, den Hrn. Regierungskommissär, die Abg. Fauth, Vogelmann, Bassermann, Gottschalk, Martin, v. Itzstein, Sander, Mathy, Trefurt und Schaaff. Die Abgeordneten Vogelmann, Martin und Trefurt vertheidigen die frühere Budgetkommission gegen den indirekten Vorwurf, als sey sie nicht sparsam gewesen; die Abgeordneten Meier und Gottschalk sprechen für Verminderung der Zahl der Staatsdiener und großen Besoldungen; bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Schaaff auf Bewilligung der Forderung der Regierung verworfen.

Titel 2. Gesandtschaftsposten.

Geh. Legationsrath Frhr. v. Marschall: Der Grund der Mehrforderung der Regierung liegt darin, daß der Etat dermalen ganz erschöpft ist. Diese Erhöhung ist durch Anstellung eines Legationssekretärs in Stuttgart veranlaßt, da die Erfahrung gezeigt hat, daß die Vereinigung der beiden Posten in Stuttgart und der Schweiz die Beigebung eines Legationssekretärs nothwendig macht. Bei jedem, insbesondere aber dem Gesandtschaftsetat, muß einiger Spielraum gegeben werden, da politische Konstellationen gewiß besondere Beachtung verdienen

Gegen die Forderung der Regierung spricht der Berichterstatter: über das Maximum von 60,000 fl. solle man nicht hinausgehen; das Ministerium möge an andern Posten sparen, wenn es mehr brauche.

v. Itzstein vertheidigt den Kommissionsantrag auf Strich der 2000 fl. mit Berufung auf frühere Forderungen der Regierung und den nachgewiesenen Aufwand des Effektivetats.

Sander gleichfalls; wenn man in mächtigen Staaten an den Gesandtschaften spare, so könne man's auch in Baden. Zudem sey ein großes Geschäft der Gesandtschaften in neuerer Zeit weggefallen durch den Anschluß an den Zollverein.

Der Antrag der Budgetkommission erhält die Zustimmung der Kammer.

Konsulate: Die Regierung verlangt 2000 fl., theils um die Konsuln in Neuorleans und Newyork mit je 500 fl. zur Unterstützung hülfsbedürftiger badischer Auswanderer zu dotiren, theils um ähnliche Kosten der übrigen Konsulate zu bestreiten.

Die Kommission trägt auf Bewilligung an. Die Rubrik „verschiedene und ausserordentliche Ausgaben" wird von 10,000 fl. auf 9000 fl. gesetzt.

Schaaff rühmt die Dienste, welche die Konsuln leisteten, namentlich der in Havre.

Sander drückt den Wunsch aus, daß deutsche Konsulate gegründet werden möchten, damit man auch im Ausland von der Existenz eines deutschen Zollvereins ein Zeichen sehe.

Geh. Legationsrath Frhr. v. Marschall bemerkt, daß die preußischen Konsuln mit großer Bereitwilligkeit sich der Angehörigen sämmtlicher Zollvereinsstaaten annehmen; sie hätten diesfalls schon wesentliche Dienste geleistet.

Sechste öffentliche Sitzung der ersten Kammer am Freitag, den 15. Juli 1842, unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten, Sr. Durchl. des Hrn. Fürsten von Fürstenberg.

(Fortsetzung.)

Regierungskommissär Staatsrath Frhr. v. Rüdt: Ich möchte doch nicht behaupten, daß die Parteien so ganz ruhig sind. Wenn die Finanzbehörde aus Gründen, welche sie angibt, einen Anstand erhebt, so suchen die Parteien diese Anstände zu beseitigen, d. h. sie geben an, warum sie das Ablösungskapital höher oder warum sie dasselbe geringer angeschlagen haben. Ist die Finanzbehörde nicht einverstanden, dann können die Parteien unter sich ein gütliches Uebereinkommen vorbehaltlich der nähern Festsetzung des Staatszuschusses treffen, oder sie können das gerichtliche Verfahren veranlassen, denn sie sind diejenigen, welche zunächst hier interessirt sind. Ich würde es bedenklich finden, die Stellung der Finanzbehörde zu verändern, so daß sie entweder ein neues Recht oder eine neue Verpflichtung erhalten solle, zumal die Zehntablösung schon so weit vorgerückt ist, daß man füglich voraussetzen kann, daß wenn Anderen der Weg bekannt geworden ist, wie sie zum Ende gekommen, die Uebrigen diesen Weg wohl auch noch werden finden können. Es wäre wirklich zu spät, wenn man jetzt noch ein neues Gesetz für nothwendig hielte und ein solches erlassen würde. Ich erlaube mir noch, auf eine Bemerkung des Frhrn. v.

Andlaw zurückzukommen. Ich darf sagen, daß ich ebenfalls thätigen Antheil an dem Zustandekommen des Zehntablösungsgesetzes genommen habe, und daß sich mir bei der praktischen Anwendung desselben in einzelnen Fällen manche Schwierigkeiten dargeboten haben, so daß auch mir ein neues Studium desselben nicht überflüssig war. Dies wird aber wohl allgemein bei jedem Gesetz der Fall seyn, und gibt einem solchen weder einen Werth, noch einen Unwerth.

Generalauditor Vogel: Die Frage des Frhrn. v. Rüdt scheint dahin zu gehen, wie es gehalten werden soll, wenn die Finanzbehörde in Beziehung auf die $^4/_5$ ihre Zustimmung nicht ertheilt, wogegen die Zehntberechtigten und Zehntpflichtigen bei ihrem Uebereinkommen bleiben. Nach richtig verstandenem Sinne des Zehntablösungsgesetzes und nach der übereinstimmenden Ansicht der Gesetzgeber wird in solchem Falle der Streit zwischen der Finanzbehörde und den Zehntberechtigten geführt werden müssen.

Regierungskommissär Staatsrath Frhr. v. Rüdt: Es ist ausdrücklich im §. 55 des Gesetzes gesagt, daß die Finanzbehörde dann an der Stelle der Zehntpflichtigen handelt.

Generalmajor Frhr. v. Lasollaye: Ich habe nur das Bedenken, ob es an der Finanzbehörde liegt, die Initiative zu ergreifen, und mir scheint vielmehr, sie habe abzuwarten und den Berechtigten und Pflichtigen es zu überlassen, ob sie an die Gerichte gehen wollen oder nicht. Nach dem Sinne des §. 55 des Zehntablösungsgesetzes genügt es an der Zustimmung der Betheiligten, um die Uebereinkunft aufrecht zu erhalten. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Freiherrn v. Andlaw verworfen und sofort zum

Artikel 2

der Motionsbegründung übergegangen.

Frhr. v. Göler d. A.: Dieser Artikel hatte die Absicht, bei dem anerkannten Widerstreben der Lastenberechtigten und bei der geringen Thätigkeit der Behörden die Sache nach der eigentlichen Absicht des Zehntablösungsgesetzes und um sich dem Verfahren bei der Aktivzehntablösung mehr anzuschließen, auf die Thätigkeit dessen zu stützen, der frei seyn wollte, im Gegensatz zu der Instruktion vom 25. März 1841, welche gerade umgekehrt daraus eine Aufgabe für den Lastenberechtigten machte, und die Beförderung der eigenen Thätigkeit der Behörden anheim gab, die in der Regel nicht vorhanden ist.

Daher sollte der Lastenberechtigte bei Kompetenz- und Bauablösung und auch anderer Lastenablösung aus eigenen Mitteln die Materialien der Lastenablösung liefern, und die Sache so gestellt werden, daß der Lastenberechtigte entweder handeln muß, oder daß seine Unthätigkeit ihm zum Nachtheil ausschlägt, ein baldiges Ende aber jedenfalls zu erwarten ist; denn der Anspruch des Zehntberechtigten, mit seinem Recht auch die Last los zu werden, verdient in erster Ordnung Anerkennung: es ist ein jus quaesitum.

Regierungskommissär Staatsrath Frhr. v. Rüdt: Es ist hier zwischen zweierlei Lasten zu unterscheiden, nämlich solchen, welche nur Besoldungstheile oder sonstige bestimmte Abgaben betreffen, und zwischen den Baulasten; die ersten können sogleich mit dem Zehnterträgnisse selbst berechnet werden, und werden in der Regel mit dem Zehnten selbst abgelöst, wenn nicht besondere Tarationen nöthig fallen. Daß der Lastenpflichtige die erste Berechnung vorzunehmen hat, ist in der Natur der Sache begründet, denn er kennt zunächst den Werth seiner Zehntberechtigung, so wie der von ihm abzugebenden Kompetenzen u. dgl. Was aber die andern Lasten, nämlich die Baulasten, betrifft, so können diese nicht zugleich mit der Zehntablösung in Verbindung gesetzt werden. Der Herr Motionssteller glaubt zwar, es könnte dies dadurch geschehen, daß der Lastenpflichtige eine Aversalsumme anbietet, über deren Annahme oder Nichtannahme die Betheiligten sich sofort zu erklären haben; allein ich muß darauf aufmerksam machen, daß bei diesen Baulasten mehrere betheiligt sind, und es daher eine Gewissenssache für die Behörden ist, sich möglichst genau zu verlässigen, daß die Entschädigung den Ansprüchen sämmtlicher Betheiligten gemäß sey. Dieses kann in der That nicht anders geschehen, als durch eine vorläufige Taration von Sachverständigen. Es muß hier auch namentlich in Beachtung gezogen werden, daß die Kirchspielsgemeinde die Berechtigte ist, daß aber die politische Gemeinde das Kapital übernimmt und gleichsam die Vertreterin der Baulast wird; es trifft also den Zweiten die Verbindlichkeit, einem Dritten ein wohlerworbenes Recht fernerhin zu leisten. Darum muß dieser Akt von der eigentlichen Zehntablösung getrennt seyn. Dies haben auch die Zehntberechtigten größtentheils selbst eingesehen. Ein weiterer Umstand, welcher der sofortigen Ablösung der Zehntbaulasten in den Weg tritt, besteht darin, daß für die Abschätzung dieser Lasten das vorhandene bauverständige Personal nicht hinreicht, und überdieß durch ein Zusammentreffen noch mancher anderer Verhältnisse diese Bauverständigen im Augenblick überhaupt weit mehr in Anspruch genommen sind, als dies sonst der Fall war. Bedeutende und großartige Baulichkeiten für die Zollverwaltung, viele andere Gebäude für die Verwaltung des Innern waren und sind zum Theil noch aufzuführen oder herzustellen, so daß die einzelnen Bezirksbaumeister, deren Zuzug zu den Abschätzungsgeschäften zunächst wünschenswerth gewesen wäre, mit Geschäften überhäuft waren. Wenn nun gewiß nicht bezweifelt werden kann, daß bei den eigentlichen Baulasten sehr wichtige Interessen in Frage sind, so daß es durchaus nothwendig ist, wenigstens das vorläufige Urtheil eines Technikers zu haben, ehe eine Uebereinkunft gewissenhaft abgeschlossen werden kann, und daß es ferner an den Personen zu diesem Zwecke fehlt, so bleibt eben nichts übrig, als dieses Geschäft von der Hauptablösung zu trennen und successiv zu erledigen. Ohnedies sind ja die Baulasten garantirt durch die Zehntablösungskapitalien und an den meisten Orten ist man mit der Heimzahlung noch nicht so weit gekommen, indem die Kapitalien erst angenommen werden können, wenn die Verträge ausgefertigt sind. Ich glaube daher, daß es den Einzelnen wohl selbst überlassen werden kann, zu versuchen, wie sie am schnellsten die Baulastenablösung bewirken können; eine gesetzliche Bestimmung hierwegen zu erlassen, würde gewiß mannigfaltige Mißstände zur Folge haben.

(Fortsetzung folgt.)

Druck und Verlag von C. Macklot.